

StOAR Idel erläutert den Beschlussvorschlag sowie die aktuelle Ergänzung zur Sitzungsvorlage vom heutigen Tag.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in der Sitzung am 03.03.2021 mehrheitlich der Verwaltung den Auftrag erteilt, bis zur heutigen Ratssitzung einen Haushalt mit einem Defizit von maximal 1,566 Mio. Euro im Ergebnishaushalt vorzulegen. Daneben wurde der Auftrag erteilt, im Investitionshaushalt die Notwendigkeit der Sanierung des Schulhofes der Grundschule Oestringfelde in Höhe von 400.000 Euro zu überprüfen. **RM Kasig**, Vorsitzender des „Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft“ stellt mit Blick auf die Tischvorlage, Tagesordnungspunkt 8.2.1, SV-Nr. 16//1696/2, fest, dass diese Aufträge erfüllt wurden, so dass der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft die Verabschiedung des Haushaltes 2021 und des Investitionsprogramms 2021-2024 in der vorgelegten Fassung empfiehlt.

RM Ottens erklärt, dass die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ dem Haushalt zustimmen wird aufgrund der geplanten großen Investitionen (Bürgerhaus, Innenstadtverschönerung, Erweiterung Branterei). Er äußert aber Bedenken hinsichtlich der Schuldenobergrenze und des nicht ausgeglichenen Haushaltes. Ein Sparwille ist für seine Fraktion nicht erkennbar.

Seinem Vorredner schließt sich **RM Bruns** für die CDU-Fraktion an und verweist auf den Grundsatz des Haushaltsausgleichs. Für sie spricht die Entwicklung des Schuldenstands von 30 Mio. Euro eine deutliche Sprache und dass der Abbau 40/50 Jahre dauern wird. Darauf hat die CDU-Fraktion in den letzten Jahren immer wieder hingewiesen und diese Entwicklung kritisch begleitet. Das Ganze geht zu Lasten der Generationengerechtigkeit. Er kritisiert, dass der Ergebnishaushalt kurzfristig um 300.000 Euro und der Investitionsplan um 400.000 Euro reduziert wurden. Das ist für sie keine verlässliche Haushaltsplanung und widerspricht dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Für seine Fraktion ist das eine Haushaltsplanung auf Zuruf und aus diesem Grund wird die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

BM Böhling bestätigt, dass es nicht erfreulich ist, dass ein Haushaltsdefizit von 1,5 Mio. Euro im Ergebnishaushalt vorhanden ist. Es gab schon schlechtere Zeiten, z. B. als Olympia geschlossen wurde. Eine Verbesserung bei den Kinderbetreuungskosten, um die geplanten 3 Mio. Euro, hätte zur Folge, dass sich der Ergebnishaushalt und der Schuldenstand deutlich verbessern würden. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die Verwaltung und er nur die Beschlüsse, die im Rat gefasst und beschlossen werden, umsetzen. Es ist eine Entscheidung des Rates, wie der Haushalt aussieht. Einsparungsmöglichkeiten wurden nicht vorgeschlagen und eine Steuererhöhung sei wegen Corona zum jetzigen Zeitpunkt, die eine Mehreinnahme zur Folge hätte, nicht angebracht.

RM Just nimmt zu der Haushaltssatzung 2021, dem Investitionsprogramm 2021-2024 und dem Haushaltssicherungskonzept Stellung. Vorbehaltlose Zustimmung findet für die „Freien Bürger“ das Haushaltssicherungskonzept. Dem Ergebnishaushalt und Stellenplan würden sie bei einer separaten Abstimmung nicht zustimmen, da ein Sparwille im Stadtrat nicht zu erkennen ist. Hier stimmt er seinen Vorrednern teilweise zu. Allerdings ist es für ihn nicht ein Versäumnis der Verwaltung, sondern ein Versäumnis des Stadtrates. Seine Fraktion hat

vorgeschlagen, den Zuschuss für den Pferdestall um die Hälfte, angepasst an den Aufwand in den Nachbarkommunen, zu kürzen und die Stelle für die Schul- und Sozialarbeit nicht mehr zu besetzen und hier das Land Niedersachsen in die Pflicht zu nehmen. Für ihn ist es Aufgabe des Stadtrates ein Gesamtkonzept, wie der Haushalt zukunftsorientiert gestaltet werden kann, zu erarbeiten und nicht der Verwaltung. Dem Investitionsprogramm stimmt seine Fraktion zu, so dass insgesamt zugestimmt wird.

Den „Haushalt auf Zuruf“ weist **RM Ottens** zurück. In der gemeinsamen Krisensitzung im Dezember wurde ein Prüfauftrag bezüglich des Schulhofes Oestringfelde gestellt, ob die Umgestaltung zurückgestellt werden könne. Das hat nichts mit Haushaltspolitik auf Zuruf zu tun.

RM Kasig stimmt für die SPD-FDP-Gruppe der Haushaltssatzung, dem Haushaltsplan, dem Investitionsprogramm und dem Haushaltssicherungskonzept zu. Er kritisiert die defensive Haltung und Wortwahl von Ratskollegen.

RM Homfeldt widerspricht den Aussagen seiner Vorredner und weist auf 26 Anträge hin, die die CDU-Fraktion seit 2010 mit Haushaltsrelevanz zur Verbesserung der Haushalte/des Haushaltes gestellt hat, die bis auf zwei Ausnahmen im Rat abgelehnt wurden. Die Zustimmung zum Haushalt ist für sie unverantwortlich und eine Versündigung an der Zukunft der Stadt Schortens.

RM Heiden steht zu dem Ausdruck „Goldrandlösung“ bezüglich dem Neubau des Kindergartens Jungfernbusch und verweist darauf, dass die daraufhin getroffenen Einsparungen erforderlich gewesen sind. Die UWG-Fraktion wird diesem Haushalt nicht zustimmen und führt ihre Bedenken u. a. zum Investitionshaushalt aus.

RM Sudholz ergänzt die Ausführungen des Bg. Homfeldt und nimmt Stellung zu den Aussagen „mutig und mutige Entscheidungen“ der Ratskollegen. Für ihre Fraktion stellt sie fest, sind die Voraussetzungen nicht gegeben, um mit gesundem Menschenverstand dem vorgelegten Haushalt zuzustimmen.

BM Böhling weist noch einmal darauf hin, dass die Stadt Schortens chronisch unterfinanziert ist und das liegt nicht nur an der Kreisumlage oder den Kinderbetreuungskosten.

Kritisiert wird von **RM Thiesing**, dass die Stadtbücherei für 500.000 Euro saniert wird und die festgeschriebenen Bäume auf privaten Grundstück auf Kosten der Stadt gepflegt werden.

Weitere Stellung zu den vorangegangenen Redebeiträgen nimmt **RM Homfeldt**. Unter anderem weist er darauf hin, dass in der Haushaltsplanung das Thema „Digitalisierung“ nicht eingeplant ist. Im Hinblick auf die Mitarbeiter*innen in der Verwaltung stellt er fest, dass spätestens in 5-6 Jahren weniger Mitarbeiter*innen mehr Arbeit zu leisten haben werden. Seine Fraktion hat den Antrag, die freiwilligen Leistungen pauschal um 10% zu kürzen, nicht gestellt, da hierfür keine Mehrheit zu erwarten war. Das Kernstück des Verwaltungsvorschlages ist die Verbesserung bei den Kinderbetreuungskosten, um den Haushalt zu verbessern. Das kritisiert er und bezeichnet es als „Luftbuchung“. Ebenso sind die Einsparungen „Umstellung der Warmduschen am Badensee auf Kaltduschen“ nicht ausreichend genug.

Der Verwaltung die Schuld für das Haushaltssicherungskonzept zu geben, lehnt **RM Just** ab. Er nimmt Stellung zu den Ausführungen der Ratsmitglieder Homfeldt und Thiesing.

Es schließt sich eine sehr emotional geführte Diskussion an, in deren Anschluss der **stv. RV Masemann** über den Beschlussvorschlag abstimmen lässt.